

P R O T O K O L L

über die am Montag, dem 15. Dezember 2014, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

Anwesend waren:

Bgmst. Kurt Burghardt	SPÖ
Vzbgmst. Josef Daubeck	SPÖ

Die Stadträte:

Ulrike Cap	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP
Walter Krichbaumer	
Franz Weindl	

Die Gemeinderäte:

Susanne Zwickl	SPÖ	
Margit Bergauer	SPÖ	
Kerstin Cap	SPÖ	
Ernst Gugler	SPÖ	
Franz Irlvek	SPÖ	ab 19,20 Uhr (Pkt. 3)
Dr. Gerhard Janda	SPÖ	
Ing. Siegfried Junger	SPÖ	
Manfred Luksith	SPÖ	
Christine Rohatsch	SPÖ	
Elfriede Schönbauer	SPÖ	
Wolfgang Halwachs	ÖVP	
Anton Kopf	ÖVP	
Claudia Pawlik MEd.	ÖVP	
Margarete Scheidl	ÖVP	
Renate Stiglitz	ÖVP	
Margit Wilmsen	ÖVP	
Margot Linke	GRÜNE	
Ernst Nadler	GRÜNE	
Volker Weiss	GRÜNE	

Ortwin Fischer

Alexander Stetina

Entschuldigt abwesend:

Dipl.Päd. Martin Wechdorn	SPÖ
Ing. Manfred Trost	ÖVP
Renate Franek	
Christine Weindl	

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Anton Wildmann

Der Bürgermeister Kurt Burghardt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

- - - **Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g** - - -

Berichterstatter: Bürgermeister Kurt Burghardt

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 27. Oktober 2014

Berichterstatter: StR. Christian Worlicek

2. Voranschlag 2015

Berichterstatter: Bürgermeister Kurt Burghardt

3. Rotes Kreuz – Ergänzung zu den bestehenden Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstverträgen
4. Freiwillige Feuerwehr Gänserndorf – Ankauf Notstromaggregat
5. Freiwillige Feuerwehr Gänserndorf – Ankauf LKW
6. Resolution „Forderung nach einer SeniorInnen – Jahreskarte – Österreich“
7. Jobwerkstätte Gänserndorf – Mitfinanzierung
8. Anerkennung Verein Parteiunabhängiger Gemeindevertreter Niederösterreichs
9. Kaufvertrag mit der Z Leasing KAPA Immobilien Leasing Ges.m.b.H.

Berichterstatter: Vizebürgermeister Josef Daubeck

10. Abschreibung einer Teilfläche der Pz.Nr. 1659/3 aus dem öffentlichen Gut

Berichterstatter: StR. Christian Worlicek

11. Darlehensaufnahme „Errichtung Kindergarten Gänseblume“
12. Subventionen

Berichterstatter: StR. Ulrike Cap

13. Fördervertrag mit GOOSTAV für das Jahr 2015
14. Kulturfrühling 2015

Berichterstatter: StR. Walter Krichbaumer

15. Neubau 3-gruppiger Kindergarten Dr. Hörler Gasse – Vergabe von Leistungen
16. Nutzungsvereinbarung für Parkplätze bei Gemeindewohnhäusern

Berichterstatter: StR. Franz Weindl

17. Stellungnahme Änderung Regionales Raumordnungsprogramm

Berichterstatter: StR. Christine Beck

18. Stadthalle – Maßnahmen gegen Schneelast

Berichterstatter: StR. Rene Lobner

19. Abschluss von Vereinbarungen zur Sammlung von Papier, Metallen und Leichtverpackungen

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

20. Baurechtsvertrag mit der Allg.gemeinn.Wohnungsgenossenschaft in St. Pölten
21. Personalangelegenheiten
22. Ankauf von Flächen für Geh- und Radweg Hochwaldstraße - Grundsatzbeschluss
23. Ansuchen um Reduzierung der Miete für das Kulturhaus
24. Verleihung von Sportehrenzeichen
25. Vergabe von Gemeindewohnungen und Genehmigung Mietverträge
26. Nachlass Wohnungsmiete

Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass vier Dringlichkeitsanträge (je einer von ihm, von den GRÜNEN, von der ÖVP und vom Fraktionsobmann der SPÖ) eingebracht wurden. Der Bürgermeister verliest in weiterer Folge wortwörtlich die vier Dringlichkeitsanträge in der Reihenfolge, wie sie eingebracht wurden. Die Dringlichkeitsanträge haben folgenden Inhalt:

- 1. „Fördervertrag bzw. Annahmeerklärung inklusive Finanzierungsplan Abwasserbeseitigungsanlage BA21 Gänserndorf Süd“**

Begründung der Dringlichkeit:

Der Fördervertrag bzw. die Annahmeerklärung für das Vorhaben Abwasserbeseitigungsanlage BA21 Gänserndorf Süd wurde am 9. Dezember 2014 übermittelt. Gemäß den gültigen Richtlinien muss die Annahmeerklärung innerhalb von drei Monaten retourniert werden.

Damit die Fristen eingehalten werden können bzw. damit die Förderung in Anspruch genommen werden kann, ist die Dringlichkeit gegeben.

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 12a in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung aufgenommen.

2. Einplanung weiterer Stromtankstellen und der ersten Schnellladestation für Elektrofahrzeuge, im Besonderen für das 2015 geplante E-Fahrzeug des Carsharing Vereins inklusive finanzieller Bedeckung

Begründung des Antrages

Da in der heutigen Sitzung des Gemeinderates der Voranschlag für das Jahr 2015 beschlossen werden soll und die Pläne von Land und Gemeinde nachhaltige Mobilität unterstützen und fördern, muss auch die Finanzierung weiterer E-Tankstellen – im besten Fall Schnellladestationen - zeitgerecht einkalkuliert werden.

Die Grünen stellen daher den Antrag im Hinblick auf zukünftige E-Fahrzeuge bereits im Voranschlag für das Jahr 2015 die Errichtung weiterer Ladestationen bzw. der ersten Schnellladestation einzuplanen und auch finanziell abzusichern.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit wird mit der zeitgerechten finanziellen Bedeckung durch den heutigen Beschluss des Voranschlages 2015 begründet. Die GRÜNEN Gänserndorf ersuchen daher um die Annahme dieses Dringlichkeitsantrages durch den Gemeinderat.

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 19a in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung aufgenommen.

3. Maßnahmen zur Bekämpfung der Bevölkerungs-Explosion und zum Erhalt der Lebens-Qualität in Gänserndorf

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, dass alle Maßnahmen getroffen werden um der Bevölkerungs-Explosion der letzten Jahre entgegen zu wirken und die Lebens-Qualität zu erhalten und zu fördern. Dies beinhaltet die sofortige Überarbeitung des Bebauungs- und Flächenwidmungsplans um die seit Jahren von der SPÖ-FPÖ Regierung zu verantwortende planlose Entwicklung der Stadt mit sofortiger Wirkung zu stoppen.

Begründung der Dringlichkeit

Keine Stadt in Niederösterreich und keine Stadt in Österreich wächst so schnell wie Gänserndorf: 30 Prozent Wachstum in nur 10 Jahren. Ein Drittel mehr Menschen in einem einzigen Jahrzehnt. Die Bevölkerungs-Explosion gefährdet die Lebensqualität in Gänserndorf. Und die Auswirkungen sind seit langem spürbar, denn die Infrastruktur kann nicht Schritt halten. Tagtäglich staut es sich in der Hauptstraße, jeden Tag fehlen Parkplätze – und keine Abhilfe ist in Sicht. Auch die kürzlich in der Stadthalle präsentierten Ergebnisse der Stadtentwicklung ließen akute Fragen unbeantwortet und umsetzbare Lösungsansätze offen. Werden nicht endlich rasch greifende Maßnahmen getätigt, und wächst Gän-

serndorf weiter so explosionsartig, dann ist die Lebensqualität in unserer Stadt gefährdet. Über 500 MitbürgerInnen haben bereits gegen diese Bevölkerungs-Explosion unterschrieben. Gänserndorf soll nämlich keine neue Großfeldsiedlung werden. Gänserndorf soll überschaubare Heimat bleiben.

Die Fraktion der ÖVP ersucht daher um die Annahme dieses Dringlichkeitsantrages durch den Gemeinderat.

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 17a in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung aufgenommen.

4. Betriebsansiedlung – Vorlage eines Tätigkeitsberichtes durch die Stadträtin für Wirtschaft

Begründung der Dringlichkeit

Im Stadtzentrum von Gänserndorf häuften sich in letzter Zeit die Schließungen von Geschäftslokalen. Dies war aktuell Anlass für einschlägige Berichte in Medien, außerdem soll durch eine Forcierung der von der Stadträtin für Wirtschaft zur Abhilfe beabsichtigten Maßnahmen eine Trendumkehr bewirkt werden. Es ist daher Dringlichkeit gegeben.

Es ist daher dringend notwendig, neue Betriebe anzusiedeln bzw. die Betriebsansiedlung zu erleichtern sowie die weitere Schließung von Betrieben zu verhindern.

Die Stadträtin für öffentliche Einrichtungen und Wirtschaft soll deshalb aufgefordert werden,

.) einen Tätigkeitsbericht über die von ihr initiierten Betriebsansiedlungen vorzulegen (welche Betriebsansiedlungen mit wie vielen Arbeitsplätzen wurden in den letzten 5 Jahren über Ihre Veranlassung bzw. unter ihrer führenden Mitwirkung geschaffen?)

.) welche Maßnahmen hat sie aktuell ergriffen, um Betriebsabsiedlungen zu verhindern?

.) welche Maßnahmen hat sie aktuell ergriffen, um weitere Betriebsschließungen zu verhindern?

.) welche Maßnahmen hat sie aktuell vorgeschlagen, um Betriebsansiedlungen zu erleichtern?

.) welche Maßnahmen sonst zur Betriebsförderung gehen auf ihre Initiative zurück?

Um Erledigung bis 31.12.2014 (schriftlich einlangend bei der Stadtgemeinde Gänserndorf - Stadtamtsdirektor) wird ersucht.

Diesem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter Punkt 18a in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung aufgenommen.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Punkt 1: Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass gegen das Protokoll der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 27. Oktober 2014 während der Auflagefrist ein Einwand seitens des Fraktionsobmannes GR. Ing. Siegfried Junger vorgebracht wurde. Dieser Einwand wird in der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung behandelt und zur Abstimmung gebracht.

Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet weiters, dass gegen das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 27. Oktober 2014 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Herr Stadtrat Christian Worlicek gibt nachstehenden kurzen Bericht zum Voranschlag 2015 ab:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der im Anschluss zur Abstimmung kommende Ordentliche Voranschlag 2015 i.d.H. von **EUR 23.188.600,-** sowie der Außerordentliche Voranschlag i.d.H. von **EUR 7.143.300,-** kann wieder als solides Budget bezeichnet werden.

Die laufenden Kosten des Ordentlichen Voranschlages werden ohne Entnahmen aus den Rücklagen oder Fremdfinanzierungen getätigt. Auch sollen aus etwaigen Überschüssen am Jahresende wieder Zuführungen zur Haushaltsreserve /den Rücklagen durchgeführt werden. Folgende Schwerpunkte werden für 2015 – und für die Folgejahre – vorgesehen:

Neuerrichtung Kindergarten	EUR 1.795.000,-
Sanierung Gemeindehäuser/ -wohnungen (Grillparzergasse 2, Wiener Straße 88-90)	EUR 1.441.300,-
Wasser- und Kanalisationsbauten (u.a. Erweiterung Kläranlage EUR 725.000,-)	EUR 1.190.000,-
Straßenbauprogramm	EUR 800.000,-
Erweiterung Friedhof	EUR 600.000,-
Erneuerung Stadthalle Dach	EUR 270.000,-
Abschluss Erneuerung Straßenbeleuchtung	EUR 250.000,-
Umsetzungsplanung des Stadt- und Verkehrskonzeptes	EUR 200.000,-
Erweiterung des Hortes	EUR 100.000,-
Planung für den neuen Bauhof (Vorauss. Investvolumen 2016/2017 ca. EUR 3 – 3.5Mio.)	EUR 100.000,-
Re-Etablierung LAZ (ÖFB Landesverbands Ausbildungs Zentrum)	EUR 42.000,-
Ordentliche Subventionen + 450 Freistunden für die Sportvereine	EUR 64.700,-

Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2015 laut beiliegendem Haushaltsbeschluss, der mittelfristige Finanzplan und der Dienstpostenplan genehmigt werden soll.

Herr GR. Wolfgang Halwachs gibt nachstehende Stellungnahme für die ÖVP-Fraktion zum Voranschlag 2015 ab:

Die Mitglieder der Volkspartei Gänserndorf haben auf den Voranschlag für das Budget 2015, wie jedes Jahr ein besonderes Augenmerk gelegt und im Detail analysiert, zumal gerade in naher Zukunft wichtige Entscheidungen für Gänserndorf anstehen.

Leider wurde es zum wiederholten Male auch heuer verabsäumt alle Stadträte in einer ressortübergreifenden Runde zu einer Budgetdiskussion einzuladen. Dies wäre sowohl für das Budget 2015 als auch für die mittelfristige Finanzplanung zielführend gewesen.

Da die Volkspartei Gänserndorf positiv und konstruktiv in das Jahr 2015 blickt, werden wir diesem Budget zustimmen um wichtige Maßnahmen für Gänserndorf auf Schiene zu bringen, für die wir uns in den kommenden Jahren massiv einsetzen werden. Das heute zu beschließende Budget ist ja vorab einmal ein Voranschlag, der im kommenden Jahr noch die eine oder andere wichtige Initiative für die Stadt ermöglichen sollte.

Als Beweis für unser Engagement und den Willen für die Stadt zu arbeiten und zu gestalten, hat LAbg. und Stadtrat Rene Lobner zum wiederholten Mal seine guten Kontakte zu Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für Gänserndorf nützen können und eine Zusage von zusätzlichen 150.000 Euro für wichtige Projekte in Gänserndorf Stadt und Süd erhalten. Zum einen betrifft dies den schon längst überfälligen Geh- und Radweg in der Hochwaldstraße in Gänserndorf Süd und zum anderen dringendst anstehende Straßensanierungen im Allgemeinen.

Wie gesagt, wir werden dem Budget zustimmen.

Herr Stadtrat Franz Weindl gibt nachstehende Stellungnahme für die Freie Bürgerliste Gänserndorf ab:

Zum vorliegenden Voranschlag 2015 möchten wir wie folgt Stellung nehmen: Wir wollen die Gelegenheit zum vorliegenden Budgetvoranschlag 2015 nützen, um ein langjähriges Anliegen zu urgieren.

Nämlich die vermehrte Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Strassen- und Gehsteigsanierung sowohl in Gänserndorf Stadt wie Gänserndorf Süd und für die Sanierung unseres Waldes.

Weiters sollen der Ausbau der Sozialkarte sowie die Errichtung eines Sozialmarktes, wenn es Förderungen aus Landesmitteln gibt auf der Tagesordnung bleiben. Gleichfalls soll die Infrastruktur von Gänserndorf Süd, neben dem zu errichtenden Selbstversorger, auch in ärztlicher Hinsicht, wie die Niederlassung eines praktischen Arztes, auf der Agenda bleiben.

Die Beliebtheit Gänserndorfs, der Bevölkerungszuwachs zeigt es, darf auch im Jahr 2015 nicht leiden. Beispielsweise wird es notwendig sein, in Zukunft weitere Parkplätze an der Wiener Straße, Hauptstraße und Bahnstraße zu errichten. Auch die Errichtung einer Höheren Technischen Lehranstalt muss weiter ein Augenmerk der Stadtgemeinde Gänserndorf bleiben.

Auch in Zukunft dürfen Bevölkerungszuwachs und Lebensqualität in Gänserndorf nicht im Widerspruch stehen !! Es ist die Pflicht der jeweiligen Stadtregierung dafür zu sorgen. Panikmache ist der falsche Weg.

Wir wissen, dass diese Vorhaben auch in der näheren Zukunft viele finanziellen Mittel der Stadtgemeinde in Anspruch nehmen werden.

Da wie schon einmal erwähnt, die Politik nur auch die Kunst des Machbaren ist, werden wir dem **Budgetvoranschlag 2015 zustimmen**.

Frau GR. Margot Linke gibt folgende nachstehende Stellungnahme seitens der GRÜNEN Gänserndorf zum Voranschlag 2015 ab:

Die GRÜNEN kritisieren - wie in den Jahren zuvor,

- dass nicht mehr Geld in Jugendarbeit gesteckt wird,
- dass nach wie vor am Einsatz des privaten Wachdienstes festgehalten wird - trotz mangelnder Beweise, ob der überhaupt was bringt, und trotz Kritik sogar aus Poizeikreisen.
- Außerdem fällt auf, dass noch immer eine erkleckliche Anzahl an Krediten mit 4 - 6% Zinsen zurückgezahlt werden, hier sollte in der derzeit niedrigen Zinssituation dringend nachverhandelt und / oder umgeschuldet werden um doch erhebliche Summen einzusparen.

Da allerdings – entsprechend dem gemeinsamen Grundsatzbeschluss vom Juni dieses Jahres – Mittel bereitgestellt wurden, um die E-Mobilität in Gänserndorf zu fördern, werden die GRÜNEN über ihren Schatten springen und dem vorgelegten Budget – Kritikpunkte hin oder her – zustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 3: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die beiliegende Ergänzung zu den bestehenden Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstverträgen (Erhöhung der Gemeindebeiträge um € 2,-- pro ständigen Einwohner) genehmigt werden soll.

Frau GR. Margot Linke ist der Ansicht, dass das Wort „um“ auf das Wort „auf“ geändert werden müsste. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt teilt hierzu mit, dass es sich hier um eine Ergänzung zu den bestehenden Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstverträgen handelt. Es sind demnach um € 2,-- pro ständigen Einwohner im Jahr mehr zu bezahlen. Dies bedeutet für die Stadtgemeinde Gänserndorf eine Mehrbelastung von rund € 22.000,-- im Jahr.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 4: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Freiwillige Feuerwehr Gänserndorf bei der Firma Ploberger Ges.m.b.H. laut Angebot vom 8. August 2014 ein Notstromaggregat inklusive Straßenfahrge- stell zu einem Preis von € 24.840,-- inklusive Ust. angekauft werden soll.

Weiters wolle der Gemeinderat beschließen, dass die nötigen Umbauarbeiten auf Grund des Angebotes vom 23. September 2014 (Versorgung des Feuerwehrhauses mit dem Notstrom- aggregat) von der Firma Elektro Mörth GmbH. zu einem Preis von € 3.106,40 inklusive Ust. durchgeführt werden sollen.

Herr GR. Volker Weiss teilt mit, dass die GRÜNEN diesem Antrag zustimmen werden. Er er- sucht aber, dass in Zukunft alle notwendigen Entscheidungsgrundlagen im Akt (warum, wieso, weshalb dieser Ankauf getätigt werden soll) sind. Da das Notstromaggregat nicht der Freiwilligen Feuerwehr gehört ist dieser Ankauf sinnvoll.

Herr Stadtrat Rene Lobner ist der Meinung, dass dieser Ankauf notwendig ist und dass dieser der Sicherheit der Bevölkerung dient.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 5: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle be- schließen, dass bei der Firma Scania Österreich Ges.m.b.H. ein Feuerwehrfahrzeug samt Auf- bauten, Scania G 360 CB 6x4*4 HHA Euro 5 samt Aufbauten auf Grund des Angebotes vom 18. November 2014 zu einem Gesamtpreis von € 285.211,15 inklusive Ust. angekauft wer- den soll. Da das Angebot nach den Richtlinien des BBG Rahmenvertrages 2801 02014 erstellt wurde, fällt noch zusätzlich eine V-Charge in Höhe von 0,40 % vom Nettopreis, d.s. € 950,70, an.

Bezüglich der Finanzierung soll eine Ausschreibung über eine Leasingfinanzierung erfolgen. In der nächsten Gemeinderatssitzung soll dann die günstigste Finanzierungsvariante be- schlossen werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 6: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle be- schließen, dass nachstehende Resolution beschlossen werden soll:

RESOLUTION

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gänserndorf fordert:

Die Einführung einer Jahreskarte für Seniorinnen und Senioren, gültig in allen Öffentlichen Verkehrsmitteln in ganz Österreich.

Die Ziele:

1. Durch diese Initiative sollen die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung hinsichtlich der Mobilitätsbedürfnisse der älteren Generationen sensibilisiert werden.
2. Eine Jahreskarte für SeniorInnen, die vor allem leistbar ist und in allen öffentlichen Verkehrsmitteln in ganz Österreich gültig ist.
3. Ein möglichst flächendeckendes Angebot im öffentlichen Verkehr mit unkompliziertem Zugang.

Die Forderungen konkret:

1. Eine durch den Nationalrat gesetzliche Einführung „SeniorInnen – Jahreskarte - Österreich“, die leistbar (Preishöhe wie dzt. Wien) und sozial gestaffelt sein muss!
2. Errichtung einer übergeordneten Instanz auf Bundesebene (im BMVIT), welche die flächendeckende Mobilität der Bevölkerung auf umweltfreundliche Art und Weise sicherstellt.
3. Einen einfachen und preiswerten Zugang zum öffentlichen Verkehr unabhängig davon, in welchem Bundesland man den Lebensmittelpunkt hat.

Frau GR. Margot Linke teilt mit, dass sie hierzu einen Zusatzantrag stellen wird. Es soll diese Resolution insofern erweitert werden, dass das € 60,-- Jugendticket auf Jugendliche und Studenten ausgeweitet werden soll. Weiters soll ein € 365,-- Jahresticket eingeführt werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner gibt hierzu bekannt, dass diese Anträge einem „Wunsch an das Christkind“ gleichen. Das Jugendticket ist seiner Meinung nach eine sehr gute Sache. Eine Erweiterung wird auf Grund der derzeitigen budgetären Situation nicht möglich sein. Deshalb wird sich die ÖVP-Fraktion bei diesen Anträgen der Stimme enthalten.

Der Bürgermeister Kurt Burghardt unterbricht die Gemeinderatssitzung für die Formulierung des Zusatzantrages von Frau GR. Margot Linke.

Die Gemeinderatssitzung wird um 19,30 Uhr unterbrochen.

Die Gemeinderatssitzung wird um 19,32 Uhr fortgesetzt.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt verliest den Zusatzantrag der GRÜNEN:

Die GRÜNEN stellen folgenden Antrag um Aufnahme in die Resolution: Erweiterung des derzeitigen € 60,-- Ticket auf alle Jugendlichen inklusive Studenten und die Einführung des € 365,-- Ticket für PendlerInnen.

Der Zusatzantrag von Frau GR. Margot Linke wird mit 21 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP, Stimmenthaltung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia Pawlik MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Margit Wilmsen) angenommen.

Der Antrag von Herrn Bgmst. Kurt Burghardt wird mit 21 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP, Stimmenthaltung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia Pawlik MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Margit Wilmsen) angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 7: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Kooperation betreffend „Jobwerkstätte Gänserndorf“ (Jobwerkstätten – Neues Jugendlichenprojekt in Niederösterreich) genehmigt werden soll. Die Stadtgemeinde Gänserndorf übernimmt eine Kostenbeteiligung in Form einer Geldleistung in Höhe von € 80.000,-, aufgeteilt auf drei Jahre, somit € 26.666,67 pro Kursjahr.

Frau GR. Margot Linke lobt dieses Projekt ausdrücklich, weil dieses nahtlos das beendete Jugendprojekt AUFWIND ersetzt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 8: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der „Verein Parteiunabhängiger Gemeindevertreter Niederösterreichs“ seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf anerkannt wird.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass aus dem vorliegenden Akt nicht heraus zu finden ist, warum dieser Verein anerkannt werden soll. Seiner Meinung nach muss eine Vereinsgründung über die Bezirksverwaltungsbehörde beantragt werden. Nach Bescheiderstellung ist dieser dann anerkannt.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt teilt hierzu mit, dass die ehemaligen Gemeindevertreter der FPÖ Gänserndorf aus der FPÖ ausgetreten sind und dass alle fünf Vertreter diesem Verein beigetreten sind. Laut Auskunft des Obmannes des Vereins Parteiunabhängiger Gemeindevertreter Niederösterreichs muss der Verein in der Gemeinderatssitzung anerkannt werden. Im Grunde geht es darum, dass in weiterer Folge die Beitragsleistungen der Gemeinden an die Interessenvertretungen auf die Gemeindevertreterverbände nach Anzahl der Mandatare aufgeteilt wird.

Herr StR. Rene Lobner teilt mit, dass er sich bei seinem Gemeindevertreterverband diesbezüglich eine Rechtsauskunft eingeholt hat. Dieser hat ihm mitgeteilt, dass diese Anerkennung formaler Natur ist und daher auch kein Gemeinderatsbeschluss notwendig ist.

Der Antrag wird mit 18 Stimmen gegen 11 Stimmen (ÖVP, Stimmenthaltung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia Pawlik

MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Margit Wilmsen, GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Margot Linke, GR. Ernst Nadler, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 9: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Kaufvertrag, abgeschlossen zwischen der Z Leasing KAPA Immobilien Leasing Ges.m.b.H. als Verkäuferin und der Stadtgemeinde Gänserndorf als Käuferin betreffend Baurechtsvertrag vom 10. Juni 1998 (das Baurecht der Verkäuferin bildet das gegenständliche Kaufobjekt), genehmigt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 10: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Teilfläche der PZ 1659/3 (Hofstetten) im Ausmaß von 139 m² aus dem Öffentlichen Gut abgeschrieben wird und an den Eigentümer Fritz Schömer GmbH PZ 1659/2 zugeschrieben wird. Siehe dazu vorliegende Vermessungsurkunde des Zivilgeometers DI Karl Schweinhammer mit der GZ: 8997. Dieser Umkehrplatz wird aufgrund des momentanen Naturstandes nicht mehr benötigt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 11: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Vorhaben „Errichtung Kindergaten Gänseblume“ ein Darlehen in Höhe von € 645.000,00 bei der HYPO Bank NÖ zu einem fixen Zinssatz (Laufzeit: 15 Jahre, Verzinsung: dekursiv halbjährlich, 30/360) von 1,519 % auf 15 Jahre aufgenommen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 12: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nachfolgend angeführten Vereinen für das Jahr 2015 die Basissubvention genehmigt bzw. ausbezahlt werden soll:

Sonstige Vereine:

DJ Musikverein Bass Village	€	100,--
Katholische Männerbewegung	€	100,--
NÖ.Herzverband, Bezirksgruppe Gänserndorf	€	100,--
Kneipp-Bund, Aktiv-Club Gänserndorf	€	100,--
EKIZ (Eltern-Kind-Zentrum) Gänserndorf	€	100,--
K.Ö.St. Leopoldina Gänserndorf	€	100,--
Naturfreunde Gänserndorf	€	100,--

Chor Stimmlicht	€	100,--
Capbella-Canta – Chorgruppe Gänserndorf	€	900,--
Erster Gänserndorf Musikverein	€	1.400,--
Philharmonie Marchfeld	€	1.400,--
KIG (Kultur in Gänserndorf)	€	<u>10.000,--</u>
Summe	€	14.500,--

Sportvereine:

Schützenverein Gänserndorf	€	100,--
Marchfelder Billardfreunde	€	100,--
FC OMV Gänserndorf Süd	€	7.000,--
SV OMV Gänserndorf	€	15.000,--
Sport-UNION Gänserndorf	€	<u>15.000,--</u>
Summe	€	37.200,--

Pfarre (diese a.o.Subventionen werden tatsächlich ausbezahlt):

Musiker	€	650,--
---------	---	--------

Sonstige Vereine als Ersatz für die bis jetzt kostenlose Benützung der Schmied-Villa bzw. der Stadthalle (75 % der Mietkosten des Jahres 2014):

Theatergruppe Gänserndorf	€	4.800,--
Capbella-Canta	€	2.000,--
Erster Gänserndorfer Musikverein	€	1.800,--
Philharmonie Marchfeld	€	<u>3.750,--</u>
Summe	€	12.350,--

Gesamtauszahlungssumme € **64.700,--**

Nachstehend angeführte Freistunden (werden nicht verrechnet) sollen im Jahr 2015 für die Benützung der Stadthalle gewährt werden:

Sport-UNION Gänserndorf	400 Stunden
SV OMV Gänserndorf	50 Stunden

Frau Stadtrat Christine Beck ist der Meinung, dass hier viel zu wenige Vereine angesucht haben und stellt die Frage, wie vielen Vereinen eine Subvention zusteht. Ihrer Meinung nach gibt es weit mehr Vereine in Gänserndorf als in dieser Liste angeführt sind.

Herr Stadtrat Christian Worlicek teilt mit, dass die Vereine angeschrieben wurden und dass hier jene Vereine aufgelistet sind, welche ein Subventionsansuchen gestellt haben. Außerdem stehen die Subventionsrichtlinien und auch das Formular für das Subventionsansuchen auf der Homepage der Stadtgemeinde Gänserndorf. Ist aber gerne bereit, dass die Subventionsrichtlinien, wenn es erforderlich sein sollte, überarbeitet werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 12a: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Fördervertrag zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., und der Stadtgemeinde Gänserndorf bzw. die Annahmeerklärung inklusive des Finanzierungsplanes für das Vorhaben Abwasserbeseitigungsanlage BA 21 Gänserndorf Süd genehmigt werden soll.

Frau GR. Margot Linke stellt fest, dass die GRÜNEN für diesen Antrag sind. Der Antrag sollte jedoch in Zukunft deutlicher formuliert werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 13: Frau Stadtrat Ulrike Cap stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Fördervertrag 2015 des Verein GOOSTAV – Mobile Jugendarbeit/Streetwork mit der budgetierten Gesamtsumme von € 30.000,-- genehmigt werden soll.

Frau GR. Margot Linke ist froh, dass der Vertrag mit GOOSTAV verlängert wurde. Ihrer Meinung nach wäre dieser Aufwand mit der Kündigung nicht notwendig gewesen. Frau Stadtrat Christine Beck ist ebenfalls sehr froh, dass mit GOOSTAV nochmals verhandelt wurde. Herr GR. Wolfgang Halwachs ist der Meinung, dass man nicht vorher in die Medien gehen sollte, bevor der notwendige Beschluss gefasst wird. Dieses Thema hätte ruhig und sachlich diskutiert werden sollen.

Der Antrag wird mit 28 Stimmen gegen eine Stimme (FPÖ, Gegenstimme – GR. Ortwin Fischer) angenommen.

Bearbeiter: Kohl

Punkt 14: Frau Stadtrat Ulrike Cap stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den Kulturfrühling 2015 Ausgaben in der Gesamthöhe von

€ 4.425,--

für Veranstaltungen (lt. Beilage) genehmigt werden sollen.

Kulturfrühling 2015

Tag/Datum	Beginn	Veranstaltung	Ort	Kosten €
Fr., 20.02.2015	16:00 Uhr	Bilderbuchkino Unkostenbeitrag € 3,--	Stadtbücherei	

Fr., 27.02.2015	19:00 Uhr	Singing DREAMTeam Eintritt € 12,--	Arbeiterheim GF- Süd	Honorar 450,--
Fr., 13.03.2015	19:00 Uhr	Fredi Jirkal Eintritt € 17,--	Stadthalle	Honorar 70/30 mindestens 1.100,--
Fr., 20.03.2015	16:00 Uhr	Bilderbuchkino Unkostenbeitrag € 3,--	Veranstaltungssaal Emmauskirche	
Sa., 18.04.2015	14:00 - 18:00 Uhr	Spielefest Eintritt € 3,--	Schmied-Villa	Verköstigung
Fr., 08.05.2015	18:00 Uhr	Disco-Show für Kinder 4 - 10 Jahre Franz Löchinger Eintritt € 4,--	Schmied-Villa	Honorar 300,--
Fr., 29.05.2015	19:00 Uhr	Frauenkompott € 15,--	Schmied-Villa	Honorar 1.075,--
		Bewerbung, Bewirtung der Künstler, AKM, sonstige Kosten		1.500,--
		Summe:		4.425,--

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass dieses Programm super ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kohl

Punkt 15: Herr Stadtrat Walter Krichbaumer stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den Neubau des Kindergartens in der Dr. Hörler Gasse aufgrund des Vergabevorschlages des Atelier Deubners nachfolgende Leistungen (alle Preise exkl. USt.) vergeben werden sollen:

- | | | | |
|-------------------------------|-------------|------------------|-------------|
| • Bodenlegerarbeiten Holz | Fa. Brenner | Eckartsau | € 18.183,30 |
| • Bodenlegerarbeiten Linoleum | Fa. Rumpf | Wien | € 23.295,41 |
| • Tischlerarbeiten | Fa. Walzl | Gr. Schweinbarth | € 74.000,00 |

• Mobile Trennwand	Fa. Reuplan	Hard	€ 20.709,07
• Küche/Spülstraße	Fa. Electrolux	Wien	€ 23.522,50
• Beschattung	Fa. Hella	Wien	€ 11.465,95
• Malerarbeiten	Fa. Farbwerkstatt	Gänserndorf	€ 18.026,69
• Fußabstreifer	Fa. Prix & Rak	Deutsch-Wagram	€ 4.843,10

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 16: Herr Stadtrat Walter Krichbaumer stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende Nutzungsvereinbarung für Parkplätze bei den Gemeindewohnhäusern beschlossen wird.

Herr Stadtrat Walter Krichbaumer verliest die Nutzungsvereinbarung wortwörtlich:

Nutzungsvereinbarung

abgeschlossen zwischen der

Stadtgemeinde Gänserndorf, Rathausplatz 1, 2230 Gänserndorf,

als Nutzungsgeberin einerseits und Herrn/Frau

.....

als Nutzungsnehmer andererseits wie folgt:

I.

Die Stadtgemeinde Gänserndorf ist Eigentümerin der Wohnhausanlage

Der Nutzungsnehmer ist Mieter in dieser Wohnhausanlage.

Vertragsgegenstand ist der Parkplatz mit der Bezeichnung und der Lage gemäß dem angeschlossenen und einen integrierten Vertragsbestandteil bildenden Lageplan.

II.

Das gegenständliche Vertragsverhältnis beginnt am und wird auf unbestimmte Zeit unbefristet abgeschlossen.

Beiden Vertragsparteien kommt ein jederzeitiges Kündigungsrecht zum Letzten eines jeden Monats unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist zu.

Dem gegenständlichen Vertragsverhältnis zugrundeliegende Bedingung ist ein aufrechtes Mietverhältnis des Nutzungsnehmers in der betreffenden Wohnhausanlage. Mit Beendigung

dieses Mietverhältnisses endet automatisch auch die gegenständliche Nutzungsvereinbarung. Festgehalten wird, dass der jeweilige Parkplatz nicht mit einer bestimmten Wohnung verbunden ist, sondern es sich beim jeweiligen Parkplatz um ein eigenständig zu vergebendes Nutzungsobjekt handelt.

III.

Das Nutzungsentgelt beträgt € 10,-- inkl. pro Monat und wird den Rücklagen der betreffenden Wohnhausanlage zugeführt.

Der Nutzungsnehmer verpflichtet sich das monatliche Nutzungsentgelt monatlich im Voraus bis längstens 5. eines Monats an die Nutzungsgeberin zur Einzahlung zu bringen.

IV.

Die Nutzungsgeberin haftet nicht für einen bestimmten Erhaltungszustand oder eine bestimmte Beschaffenheit des Parkplatzes, sondern stellt diesen lediglich zur Nutzung zur Verfügung, ohne für weitere Pflichten zu haften.

Die betreffende Schneeräumung hat der Nutzungsberechtigte selbst vorzunehmen.

V.

Der jeweilige Parkplatz dient ausschließlich dem Abstellen von polizeilich angemeldeten und zugelassenen Fahrzeugen und darf nicht zweckwidrig, etwa für Lagerungszwecke oder ähnliches, verwendet werden.

VI.

Die Ausübung des betreffenden Nutzungsrechtes steht dem Nutzungsnehmer selbst sowie allen Mitbewohnern seiner betreffenden Wohnung zu.

Es darf weder entgeltlich noch unentgeltlich an sonstige Dritte weitergegeben werden.

VII.

Im Falle einer zweckwidrigen Verwendung des Parkplatzes welcher Art auch immer bzw. im Falle des Rückstandes des Nutzungsentgeltes trotz Einmahnung unter Fristsetzung kann die Nutzungsgeberin die gegenständliche Nutzungsvereinbarung mit sofortiger Wirkung zur Auflösung bringen.

Herr GR. Wolfgang Halwachs stellt die Frage, ob mit den Bewohnern der Gemeindewohnhäuser diesbezüglich persönlich gesprochen wurde. Herr Stadtrat Walter Krichbaumer teilt mit, dass die Bewohner eines Wohnblocks bei ihm persönlich vorgesprochen haben. Mit den anderen Bewohnern muss noch gesprochen werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 17: Herr Stadtrat Franz Weindl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegende Stellungnahme an das Amt der NÖ Landesregierung betreffend Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes beschlossen werden soll.

In weiterer Folge verliest Herr Stadtrat Franz Weindl die nachstehende Stellungnahme (gerichtet an das Amt der NÖ. Landesregierung, Abteilung RU1 – Betreff: Verordnung über ein Regionales Raumordnungsprogramm Wien Umland Nordost; Begutachtung – Zl. RU1-RO-43/001-2014) wortwörtlich:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

In dem mit Schreiben der Abt. RU1 des Amtes der NÖ Landesregierung vom 30.10.2014 übermittelten Entwurf einer Verordnung über ein Regionales Raumordnungsprogramm "Wien Umland Nordost" wurde keine Abänderung bzw. Adaptierung der regionalen Siedlungsgrenzen in "Gänserndorf-Süd" im Kreuzungsbereich der L11 mit der "Oed Aigen Straße" zur Förderung eines "Teilzentrums Süd" - wie bereits im Antrag der STG Gänserndorf auf Abänderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes "Nördliches Wiener Umland (LGBl. 8000/86)" vom April 2013 angedacht - berücksichtigt.

Die STG Gänserndorf spricht sich aus folgenden Gründen jedoch **für** eine zusätzliche Festlegung von "linearen Siedlungsgrenzen" zu den bestehenden "flächigen Siedlungsgrenzen" bzw. die entsprechende Adaptierung des Verlaufes der "flächigen Siedlungsgrenzen" (gemäß beiliegender Plandarstellung) aus:

Der südliche Teil der Stadtgemeinde Gänserndorf ("Gänserndorf - Süd") entstand, mit Ausnahme einiger weniger, älterer Siedlungselemente, ab etwa 1920 und wuchs ab den 1970er Jahren sehr rasch zu einer - fast ausschließlich von großteils sehr aufgelockerter Einfamilienhaus-Bebauung geprägten Siedlung ("Gartensiedlung") heran (EW-Zahl 1981: 912 EW, EW-Zahl 2013: 4.507 EW).

Einerseits aufgrund dieser raschen Entwicklung von Gänserndorf - Süd und andererseits aufgrund der besonderen, auf einzelne, nur zum Teil zusammenhängende Bauland-Blöcke basierenden räumlichen Struktur, fehlt diesem Siedlungsgebiet nach wie vor ein ausgeprägter "Ortskern" bzw. ein "Siedlungszentrum" mit allen notwendigen Versorgungseinrichtungen und der Größe der Ortschaft entsprechender sozialer oder öffentlicher Infrastruktur.

Aufgrund der zentralen Lage und der guten Verkehrsanbindung (und der vorhandenen Flächenreserven) bietet sich dafür der Kreuzungsbereich der L 11 mit der „Oed-Aigen-Straße“ als idealer Standort an.

Nachdem sich die Gemeinde bereits über Jahrzehnte hinweg bemüht hat, in diesen Kreuzungsbereich ein "Ortszentrum Gänserndorf-Süd" zu entwickeln (z.B. die Festlegung des "Ausbaus dieses Bereiches als "Ortskern Gänserndorf Süd" im Siedlungsleitbild als Bestandteil der Überarbeitung zum Örtlichen Raumordnungsprogramm 1998), sind tatsächlich neben dem Neubau des bestehenden ("Heidekindergarten") und der Errichtung eines zusätzlichen Kindergartens ("Wolkenschiff") auch die "Emmaus-Kirche" als zentrale Einrichtungen in

den vergangenen Dekaden geschaffen worden. Allerdings besteht - aufgrund der derzeitigen Einwohnerzahl von ca. 4.500 - nach wie vor großer Nachholbedarf an weiteren infrastrukturellen Einrichtungen (wie z.B. Nahversorger, Gastronomie, sonstige Handels- und Dienstleistungsbetriebe des täglichen oder kurzfristigen Bedarfs, Grundangebot an medizinischen, kulturellen, sozialen und schulischen Einrichtungen, ev. auch Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, etc...), die gemäß dieser Auflistung natürlich ein Flächenangebot erfordern, das durch die für gesamt "Gänserndorf - Süd" nach wie vor festgelegten "flächigen Siedlungsgrenzen" allerdings keinesfalls erfüllt werden kann.

Mittlerweile verfügt die Stadtgemeinde Gänserndorf auch über ein rechtskräftig verordnetes und durch die NÖ-Landesregierung genehmigtes "Örtliches Entwicklungskonzept", in welchem auch die "Weiterentwicklung des Teilzentrums Süd" forciert wird. Die Ausweisung des "Mischbereiches - Teilzentrum Gänserndorf Süd" umfasst die Flächensicherung zur Schaffung eines "Versorgungs- und Dienstleistungszentrums", bzw. weiterer öffentlicher, sozialer, kultureller und Bildungseinrichtungen. Die Wohnnutzung soll gegenüber diesen zentralörtlichen bzw. infrastrukturellen Einrichtungen eine untergeordnete Rolle spielen und nur in Verbindung mit anderen Nutzungen möglich sein.

Nachdem die Umsetzung dieser, im rechtskräftigen "Örtlichen Entwicklungskonzept" verankerten Maßnahme nur unter Berücksichtigung der Regionalen Siedlungsgrenzen realisiert werden kann, wird seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf daher neuerlich vorgeschlagen, einerseits die bestehenden, "flächigen Siedlungsgrenzen" für alle Flächen mit der Widmung "Bauland-Wohngebiet (BW)" zu belassen und damit den Siedlungsbereich Gänserndorf - Süd bezüglich Wohnnutzung nach wie vor zu "konservieren". Diese Absicht deckt sich mit den Zielen des "Örtlichen Entwicklungskonzeptes", wonach die Einwohnerentwicklung in "Gänserndorf-Süd" in Zukunft "stabilisiert" werden soll.

Andererseits soll durch die Schaffung von zusätzlichen, "linearen" Siedlungsgrenzen (siehe beigelegte Plandarstellung) die Möglichkeit geschaffen werden, im zentralen Bereich die Entwicklung eines kompakten Ortskernes mit guter Versorgungsstruktur und einem guten Angebot an weiteren zentralen Einrichtungen - wie oben beschrieben - zu entwickeln.

In den Flächenwidmungsplan umgesetzt werden könnte dies - wie im "Örtlichen Entwicklungskonzept" angeführt - durch auf den jeweiligen Bedarf abgestimmte, etappenweise Baulanderweiterungen in Form von "Bauland - Sondergebiet (BS)" oder auch "Bauland - Kerngebiet (BK)".

Zusammenfassend liegen aus Sicht der Stadtgemeinde Gänserndorf **ausreichende raumordnungsfachliche Argumente und nachvollziehbare siedlungsstrukturelle Gründe**, die auch in das rechtskräftige "Örtliche Entwicklungskonzept" der Gemeinde eingeflossen sind, für eine Abänderung des Entwurfes zur Verordnung über ein Regionales Raumordnungsprogramm "Wien Umland Nordost" im Sinne des Antrages vor und es wird daher ersucht, die Abänderungen in dieser Form im Zuge der Beschlussfassung im Landtag durchzuführen.

In der Hoffnung auf Berücksichtigung unserer Stellungnahme verbleiben wir

Der Bürgermeister:“

Frau GR. Margot Linke findet die Stellungnahme in Ordnung. Ihrer Meinung nach fehlt in dieser Stellungnahme etwas Wichtiges. Es wurden im Raumordnungsprogramm Begriffsbestimmungen weggelassen, welche jedoch ihrer Meinung nach unbedingt bleiben sollten bzw. wieder aufgenommen werden sollten. Es fehlen unter anderem die wasserwirtschaftlichen Vorranggebiete, auf Grund welcher auf das Grundwasser Rücksicht genommen werden muss. Gibt bekannt, dass sie selbst auch eine Stellungnahme eingebracht hat. Würde gerne ihre Stellungnahme vorlesen und ersuchen, dass ihre Stellungnahme in die Stellungnahme der Stadtgemeinde Gänserndorf aufgenommen wird. Es wäre ihrer Meinung nach sinnvoll, wenn die Stadtgemeinde Gänserndorf ihre Stellungnahme auch unterstützt. Dies sollte möglich sein, weil die Abgabefrist für die Stellungnahme der 16. Dezember 2014 ist.

Hierzu wird bemerkt, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf ihre Stellungnahme schon abgegeben hat. Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, ob die Stellungnahme der Stadtgemeinde Gänserndorf im zuständigen Ausschuss behandelt wurde. Herr Stadtrat Franz Weindl teilt hierzu mit, dass die Stellungnahme der Stadtgemeinde Gänserndorf im Ausschuss nicht behandelt wurde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 17a: Herr GR. Franz Weindl verliest den Dringlichkeitsantrag der ÖVP, welcher wie folgt lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass alle Maßnahmen getroffen werden um der Bevölkerungs-Explosion der letzten Jahre entgegen zu wirken und die Lebens-Qualität zu erhalten und zu fördern. Dies beinhaltet die sofortige Überarbeitung des Bebauungs- und Flächenwidmungsplans um die seit Jahren von der SPÖ-FPÖ Regierung zu verantwortende planlose Entwicklung der Stadt mit sofortiger Wirkung zu stoppen.

Herr Stadtrat Franz Weindl stellt den Antrag, dass der Dringlichkeitsantrag der ÖVP in den zuständigen Ausschuss zur Beratung zurückverwiesen werden soll.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt zu diesem Antrag fest, dass durch die Zurückverweisung in den Ausschuss das Thema verschleppt wird. Es sollte daher der von der ÖVP eingebrachte Antrag beschlossen werden, damit keine Verzögerung eintritt.

Herr GR. Manfred Luksith gibt als Jugendgemeinderat bekannt, dass er mit den Jugendlichen dieses Thema schon öfters besprochen hat und dass die Jugendlichen die Struktur von Gänserndorf schätzen. Außerdem findet die Verkehrsanbindung nach Wien positiven Anklang.

Frau GR. Margot Linke stellt fest, dass ihr im Antrag der ÖVP die konkreten Anregungen und Maßnahmen fehlen. Sie plädiert daher auch an die Zurückverweisung in den zuständigen Ausschuss.

Herr Stadtrat Rene Lobner ist der Ansicht, dass jetzt ein Grundsatzbeschluss gefasst werden sollte. Wenn man die letzten zehn bis fünfzehn Jahre verfolgt hat, muss man feststellen, dass es sich überall staut. Die Lebensqualität ist dadurch nicht in Ordnung. Es hat keine Stadt so

hohe Zuwachsraten wie Gänserndorf. Es sollten daher konkrete Maßnahmen gesetzt werden, damit das Wachstum nicht so schnell erfolgt und dass die Lebensqualität erhalten bleibt. Frau Stadtrat Christine Beck gibt bekannt, dass bei der Informationsveranstaltung in der Stadthalle seitens der Fachleute ein Wachstum von 100 Einwohnern im Jahr als Leitsatz vorgegeben wurde.

Herr GR. Ing. Siegfried Junger gibt zu der Feststellung bezüglich der schlechten Lebensqualität bekannt, dass hier die Kontakte zum Land genutzt werden sollten. Hier sollte z.B. etwas für die Gesundheit gemacht werden. Gänserndorf ist der einzige Bezirk ohne eigenes Spital. Bezüglich der Arbeitsplätze ist Gänserndorf nicht so schlecht.

Herr GR. Volker Weiss teilt mit, dass sich die Einwohnerzahl von 2013 auf 2014 um 177 Einwohner erhöht hat. Wenn er die Ausführungen der ÖVP richtig deutet, dann sollten nur mehr „ausgewählte“ Personen zuziehen dürfen. Ist der Ansicht, dass Gänserndorf eine gute Lebensqualität hat. Wenn ein langsames Wachstum erreicht werden sollte, müsste man womöglich die sogenannte „Greencard“ einführen. Es wird seitens der ÖVP nicht angeführt, welche konkreten Maßnahmen gesetzt werden sollen.

Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt fest, dass zur Zeit in Gänserndorf 126.000 m² gewidmete Baulandfläche vorhanden ist. Viele junge GänserndorferInnen haben keine günstigen Wohnungen, hier sollte auf jeden Fall was geschehen.

Herr Stadtrat Rene Lobner verwehrt sich gegen den Ausdruck „Greencard“. Es sollte auf ein gesundes und moderates Wachstum geachtet werden. Wenn Gänserndorf weiter so schnell wächst, wird dies zu großen Problemen führen (Staus bis zur Koller-Brücke). Es werden immer nur kurzfristige Maßnahmen gesetzt, was dazu führt, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf immer hinten nach ist. Dies war z.B. bei der Container-Lösung für die Kindergärten und bei den Sondergenehmigungen für den Hort der Fall. Es kommt dadurch immer wieder zu Drucksituationen. In der Marschall Straße werden zur Zeit 83 Wohnungen errichtet, was in der Folge zu einer massiven Verkehrsbelastung in der Scheunengasse führen wird. Daher sollte es zu einer raschen Überarbeitung des Bebauungs- und Flächenwidmungsplanes kommen.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt fest, dass der Bebauungs- und Flächenwidmungsplan erst überarbeitet wurde. Herr Stadtrat Rene Lobner sitzt als Landtagsabgeordneter an der Quelle. Sprich hier im Speziellen die Umfahrungen von Gänserndorf an. Erwähnt weiters, dass die Wohnbaugenossenschaft in der Protteser Straße vier Wohnblöcke in naher Zukunft errichten wird. Wenn die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden, können diese Bautätigkeiten nicht verhindert werden. Außerdem ist die ÖVP mit zwei Ausschussmitgliedern im zuständigen Ausschuss vertreten und können dort ihre Ideen einbringen. Zur jetzigen Zeit ist seiner Meinung nach eine Änderung des Bebauungs- und Flächenwidmungsplanes nicht sinnvoll.

Herr GR. Alexander Stetina ist der Meinung, dass zur Definition Lebensqualität sicher Wohnungen und Parkplätze dazugehört. Frau GR. Margot Linke ist der Ansicht, die Errichtung der Umfahrung sicher noch einige Zeit dauern wird. Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs kann hier eine Entspannung der Verkehrssituation erzielt werden.

Frau Stadtrat Christine Beck stellt fest, dass die angesprochenen Wohnungserrichtungen der Baugenossenschaft Alpenland betreubares Wohnen betrifft. Außerdem sollen in diesen Bauten Arztordinationen errichtet werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner gibt bekannt, dass die angesprochene Situation nicht nur seine persönliche Meinung ist. Es haben bis jetzt an die 600 Mitbürger unterschrieben. Nur Zuzug von neuen Einwohnern bedeutet nicht, dass dies eine Erhöhung der Kommunalsteuer mit sich bringt. Hier müsste man danach trachten, dass sich Betriebe ansiedeln. Kritisiert den Austritt aus dem RIZ, welches Unternehmensberatungen durchgeführt hat. Herr GR. Ernst Gugler stellt hierzu fest, dass auch nach dem Austritt aus dem RIZ diese Beratungen in Gänserndorf stattfinden und es daher zu keinen Einschränkungen für Gänserndorf Betriebe kommt.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass die GRÜNEN diesem Antrag der ÖVP nicht zustimmen können. Hier sind keine konkreten Vorschläge enthalten.

Der Antrag von Herrn Stadtrat Franz Weindl wird mit 21 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP, Gegenstimme – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia Pawlik MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Margit Wilmsen) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion wird mit 21 Stimmen (Ablehnung 14 Stimmen SPÖ, 3 Stimmen ehemalige FPÖ, Stimmenthaltung GRÜNE – GR. Margot Linke, GR. Ernst Nadler, GR. Volker Weiss, SPÖ – GR. Ernst Gugler) gegen 8 Stimmen (ÖVP, Zustimmung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia Pawlik MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Margit Wilmsen) angelehnt.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 18: Frau Stadtrat Christine Beck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nachträglich die Vergabe nachfolgender Leistungen für die Maßnahmen gegen die Schneelast in der Stadthalle genehmigt werden sollen:

• Fa. Sommer, Schneewaage	€ 10.485,--
• Fa. Ellbogen, Wählgerät GSM	€ 1.035,--
• Fa. Manschein, E-Installation u. Beleuchtung	€ 6.560,84
• Fa. Linhart, Dachsicherungsmaßnahmen	<u>€ 36.850,50</u>
Gesamt	€ 54.931,34 exkl. USt.

Zusätzlich sollen noch die notwendigen Gerätschaften für die Schneeräumung angekauft und bereitgestellt werden.

Die Finanzierung soll über den zum Zeitpunkt der Rechnungslegung noch frei verfügbaren Betrag bei Instandhaltung Gebäude (derzeit € 12.400,--) und über die Haushaltsrücklage erfolgen.

Die Zustimmung der Fraktionsführer wurde eingeholt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 18a: Frau Stadtrat Christine Beck gibt bekannt, dass seitens des SPÖ-Fraktionsobmann folgender Dringlichkeitsantrag gestellt wurde:

Betriebsansiedlung – Vorlage eines Tätigkeitsberichtes durch die Stadträtin für Wirtschaft bis 31. Dezember 2014.

Frau Stadtrat Christine Beck teilt mit, dass sie diesen Tätigkeitsbericht vorlegen wird.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 19: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die vorliegenden Vereinbarungen zur Sammlung von Papier, Metallen und Leichtverpackungen per 1.1.2015 beschlossen werden sollen.

Mit den Firmen:

ARA Altstoff Recycling Austria AG, Mariahilfer Straße 123, 1062 Wien

Interseroh Austria GmbH, Ungargasse 35, 1030 Wien

Landbell Austria Ges. für nachhaltige Kreislaufwirtschaft GmbH, Harmoniegasse 9/3, 1090 Wien

Reclay UFH GmbH, Mariahilfer Straße 37-39, 1060 Wien

Der Abschluss dieser Vereinbarungen ist aufgrund einer Änderung des Abfallwirtschaftsgesetzes und der Verpackungsverordnung vor dem 1.1.2015 erforderlich. Er wurde vom Öst. Gemeindebund, Öst. Städtebund und der ARGE Öst. Abfallwirtschaftsverbände empfohlen.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, was sich auf Grund dieser Vereinbarungen für Gänserndorf verändert. Herr Stadtrat Rene Lobner teilt mit, dass sich für Gänserndorf nichts ändert.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 19a: Herr Stadtrat Rene Lobner berichtet, dass die GRÜNEN folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht haben:

Einplanung weiterer Stromtankstellen und der ersten Schnellladestation für Elektrofahrzeuge im Besonderen für das Jahr 2015 geplante E-Fahrzeug des Carsharing Vereins inklusive finanzieller Bedeckung.

Die Grünen stellen daher den Antrag im Hinblick auf zukünftige E-Fahrzeuge bereits im Voranschlag für das Jahr 2015 die Errichtung weiterer Ladestationen bzw. der ersten Schnellladestation einzuplanen und auch finanziell abzusichern.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt hierzu fest, dass im Voranschlag 2015 der Umbau der Ladestation beim Rathaus finanziell vorgesehen ist. Herr Stadtrat Christian Worlicek teilt mit, dass die Umrüstung dieser einen Station vorgesehen bzw. eingeplant ist. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt ist der Ansicht, dass die Umsetzung dieses Dringlichkeitsantrages im zuständigen Ausschuss erarbeitet werden soll.

Der Gemeinderat kommt einstimmig überein, dass sich der zuständige Ausschuss mit diesem Thema befassen soll und dass die Umrüstung der Ladestation beim Rathaus in diesem Ausschuss beraten werden soll.

Bearbeiter: Lang

Ende der Sitzung: 21,10 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die GRÜNEN:

Für die FPÖ: